

Vertrag über Auftragsverarbeitung (AVV)

BEARBEITERHINWEIS:

(a) wenn Sie Verantwortlicher der Auftragsverarbeitung sind: Bitte füllen Sie die Formularfelder und den Anhang 1 dieses Vertragsmusters aus. Berücksichtigen Sie bitte auch die grau hinterlegten Bearbeitungshinweise und löschen diese nach Abschluss der Bearbeitung. Anschließend können Sie dieses Vertragsmuster zur weiteren Bearbeitung an Ihren Auftragsverarbeiter weiterleiten, damit dieser die erforderlichen Angaben in den Anhängen 2 und 3 macht.

(b) wenn Sie Auftragsverarbeiter sind: Bitte füllen Sie die Formularfelder dieses Vertragsmusters sowie die Anhänge 2 und 3 aus und geben bei Anhang 1 die Kontaktdaten Ihres/Ihrer Datenschutzbeauftragten an. Sofern Sie eine eigene Dokumentation der technisch organisatorischen Maßnahmen haben, können Sie diese anstelle des Anhangs 3 verwenden. In diesem Fall sollten Sie Ihre Dokumentation als Anhang 3 bezeichnen. Berücksichtigen Sie bitte auch die grau hinterlegten Bearbeitungshinweise und löschen diese nach Abschluss der Bearbeitung. Anschließend können Sie dieses Vertragsmuster zur weiteren Bearbeitung an den Verantwortlichen weiterleiten, damit dieser die erforderlichen Angaben im Anhang 1 macht.

zwischen

<[Verantwortlicher], [Anschrift]>

– nachfolgend „Verantwortlicher“ genannt –

und

<[Auftragsverarbeiter], [Anschrift]>

– nachfolgend „Auftragsverarbeiter“ genannt

und gemeinsam als „Vertragsparteien“ bezeichnet – wird Folgendes vereinbart:

§ 1 Gegenstand und Dauer des Auftrags

Der Auftragsverarbeiter führt die im Anhang 1 aufgeführten Datenverarbeitungen durch. Darin werden Gegenstand, Art, Zweck und Dauer der Verarbeitung sowie die Kategorien verarbeiteter Daten und betroffener Personen beschrieben.

§ 2 Weisungen der Verantwortlichen

- (1) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten nur für in Anhang 1 aufgeführte Zwecke bzw. nur auf Grund dokumentierter Weisungen des Verantwortlichen, es sei denn, er ist nach Unionsrecht oder nach dem Recht eines Mitgliedstaats, dem er unterliegt, zur Verarbeitung verpflichtet. In einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses untersagt.
- (2) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich, wenn er der Auffassung ist, dass eine erteilte Weisung gegen geltende Datenschutzbestimmungen der Union oder eines Mitgliedstaats verstößt.
- (3) Eine Verarbeitung der überlassenen personenbezogenen Daten durch den Auftragsverarbeiter für andere, insbesondere für eigene Zwecke ist unzulässig.

§ 3 Technische und organisatorische Maßnahmen

- (1) Der Auftragsverarbeiter trifft mindestens die im Anhang 3 aufgeführten technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Sicherheit der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Die Maßnahmen haben ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Bei der Beurteilung des angemessenen Schutzniveaus tragen die Vertragsparteien dem Stand der Technik, den Implementierungskosten, der Art, dem Umfang, den Umständen, den Zwecken der Verarbeitung und der Datenkategorien (insbesondere nach Art. 9 Abs. 1 bzw. Art. 10 DSGVO) sowie den unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten und der Schwere des Risikos für die betroffenen Personen gebührend Rechnung.
- (2) Die in Anhang 3 aufgeführten technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt und der Weiterentwicklung. Diese sind durch den Auftragsverarbeiter anzupassen, wenn das bei Vertragsschluss festgelegte Sicherheitsniveau nicht mehr gewährleistet werden kann. Durch die Anpassung muss mindestens das Schutzniveau der bisherigen Maßnahmen erreicht werden. Soweit nichts anderes bestimmt ist, teilt der Auftragsverarbeiter die Anpassungen dem Verantwortlichen unaufgefordert mit.

§ 4 Pflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Der Auftragsverarbeiter bestätigt, dass ihm die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind. Er gestaltet in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so, dass er den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.
- (2) Der Auftragsverarbeiter gewährt seinem Personal nur insoweit Zugang zu den personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, als dies für die Durchführung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags unbedingt erforderlich ist. Der Auftragsverarbeiter gewährleistet, dass die zur Verarbeitung der erhaltenen personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.
- (3) Soweit gesetzlich vorgeschrieben, bestellt der Auftragsverarbeiter einen Beauftragten für den Datenschutz und teilt dessen Kontaktdaten im Anhang 1 mit. Der Auftragsverarbeiter informiert unverzüglich und unaufgefordert über den Wechsel des Datenschutzbeauftragten.
- (4) Der Auftragsverarbeiter erbringt die Auftragsverarbeitung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in einem Drittland bedarf stets der vorherigen dokumentierten Zustimmung des Verantwortlichen und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen nach Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind.

BEARBEITERHINWEIS:

Der nachfolgende Absatz ist nur dann in den Vertrag zu übernehmen, wenn im Rahmen der Auftragsverarbeitung Daten verarbeitet werden, die in den Schutzbereich des § 203 StGB fallen bzw. einem Berufsgeheimnis unterliegen. Ist dies nicht der Fall, sollte dieser Absatz gestrichen werden.

- (5) Sofern der Auftragsverarbeiter Daten des Verantwortlichen im Auftrag verarbeitet, die dem Schutzbereich des § 203 StGB bzw. einem Berufsgeheimnis unterliegen, darf der Auftragsverarbeiter nur dann auf derartige Daten zugreifen, soweit dies

im Einzelfall erforderlich ist. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich in diesem Zusammenhang, alle Personen, die im Rahmen der beauftragten Tätigkeit die in Satz 1 genannten Daten verarbeiten, auf die Geheimhaltung nach § 203 StGB zu verpflichten. Dem Auftragsverarbeiter ist bekannt, dass hinsichtlich der Daten, die dem Schutzbereich des § 203 StGB unterliegen, ggf. ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53a StPO bestehen kann. Soweit ein solches Recht besteht, entscheidet über die Ausübung des Rechtes auf Zeugnisverweigerung der Berufsgeheimnisträger der Verantwortlichen. Der Verantwortliche wird den Auftragsverarbeiter darüber informieren, ob und inwieweit die dem Berufsgeheimnis unterliegenden Daten, die sich im Gewahrsam des Auftragsverarbeiters zur Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung befinden, dem Beschlagnahmeverbot des § 97 Abs. 1, 3 StPO unterliegen. Einer Sicherstellung ist diesen Fällen zu widersprechen. Der Verantwortliche ist daneben unverzüglich zu informieren, wenn eine Beschlagnahme der Daten zu erwarten ist oder bevorsteht.

§ 5 Unterstützungspflichten des Auftragsverarbeiters

- (1) Unter Berücksichtigung der Art der Verarbeitung und der ihm zur Verfügung stehenden Informationen unterstützt der Auftragsverarbeiter bei der Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung sowie einer ggf. erforderlichen Konsultation der Aufsichtsbehörden und bei Erfüllung von dessen Pflicht, Anträge betroffener Personen auf Ausübung ihrer Rechte zu beantworten. Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen unverzüglich über jede Geltendmachung von Rechten durch die von den Datenverarbeitungen betroffenen Personen.
- (2) Eine Unterstützung sichert der Auftragsverarbeiter bei der Prüfung von Datenschutzverletzungen und der Umsetzung etwaiger Melde- und Benachrichtigungspflichten zu sowie bei der Einhaltung der Pflicht zur Gewährleistung, dass die personenbezogenen Daten sachlich richtig und auf dem neuesten Stand sind.
- (1) Ferner unterstützt der Auftragsverarbeiter mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, auch, damit der Verantwortliche seine bestehenden Pflichten gegenüber der betroffenen Person erfüllen kann.

§ 6 Berechtigung zur Begründung von Unterauftragsverhältnissen

- (1) Der Auftragsverarbeiter darf Unterauftragsverarbeiter, die nicht in Anhang 2 benannt sind, nur beauftragen, wenn der Verantwortliche in die Beauftragung vorher schriftlich eingewilligt hat. Der Auftragsverarbeiter stellt die Informationen, die der Verantwortliche benötigt, um über die Genehmigung zu entscheiden, rechtzeitig, mindestens jedoch drei Wochen vor der Beauftragung des betreffenden Unterauftragsverarbeiters, zur Verfügung. Die Inanspruchnahme der in Anhang 2 zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung aufgeführten Unterauftragsverarbeiter gilt als genehmigt, sofern die in § 6 Abs. 2 dieses Vertrages genannten Voraussetzungen umgesetzt werden.

ACHTUNG Alternative Vertragsregelung. Falls diese eingesetzt werden soll, den vorstehenden Absatz löschen. Ansonsten den nachfolgenden Absatz streichen.

- (2) Der Auftragsverarbeiter besitzt die allgemeine Genehmigung des Verantwortlichen für die Beauftragung von Unterauftragsverarbeitern. Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen mindestens drei Wochen im Voraus in Textform über alle beabsichtigten Beauftragungen von Unterauftragsverarbeitern, damit der

Verantwortliche vor der Beauftragung Einwände erheben kann. Der Auftragsverarbeiter stellt die Informationen, die der Verantwortliche benötigt, um über die Wahrnehmung seines Einspruchsrechts zu entscheiden mit der Unterrichtung über die geplante Beauftragung zur Verfügung. Die Inanspruchnahme der in Anhang 2 zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung aufgeführten Unterauftragsverarbeiter gilt als genehmigt, sofern die in § 6 Abs. 2 dieses Vertrages genannten Voraussetzungen umgesetzt werden.

- (3) Ein Zugriff auf personenbezogene Daten durch den Unterauftragsverarbeiter darf erst erfolgen, wenn der Auftragsverarbeiter durch einen schriftlichen Vertrag, der auch in einem elektronischen Format abgeschlossen werden kann, mit dem Unterauftragsverarbeiter sicherstellt, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Regelungen auch gegenüber dem Unterauftragsverarbeiter gelten. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf Verlangen eine Kopie des Vertrags und etwaiger späterer Änderungen zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen vollumfänglich dafür, dass der Unterauftragsverarbeiter seinen vertraglichen Pflichten nachkommt. Der Auftragsverarbeiter benachrichtigt den Verantwortlichen über vertragliche Pflichtverletzungen des Unterauftragsverarbeiters.
- (4) Der Auftragsverarbeiter stellt bei einer Unterbeauftragung, die eine Übermittlung personenbezogener Daten im Sinne von Kapitel V der DSGVO beinhaltet, die Einhaltung der Regelungen der Artikel 44 ff. DSGVO sicher. Er prüft insbesondere die Rechtmäßigkeit der Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses (Art. 45 DSGVO) bzw. das Vorliegen geeigneter Garantien (Art. 46 DSGVO).
- (5) Werden Standarddatenschutzklauseln als geeignete Garantien nach Art. 46 Abs. 2 lit. c oder lit. d DSGVO verwendet, führt der Auftragsverarbeiter eine Prüfung nach den Klauseln 14 und 15 der Standarddatenschutzklauseln durch und stellt diese dem Verantwortlichen auf Anforderung zur Verfügung. Kommen Auftragsverarbeiter oder Verantwortlicher zu dem Ergebnis, dass weitere Maßnahmen getroffen werden müssen, um ein angemessenes Schutzniveau zu erreichen, sind diese Maßnahmen vom Auftragsverarbeiter bzw. vom Unterauftragsverarbeiter zu ergreifen. Der Unterauftragsverarbeiter darf erst dann in die Datenverarbeitung eingebunden werden, wenn ein angemessenes Schutzniveau sichergestellt ist.

BEARBEITERHINWEIS:

Der nachfolgende Absatz ist nur dann in den Vertrag zu übernehmen, wenn im Rahmen der Auftragsverarbeitung Daten verarbeitet werden, die in den Schutzbereich des § 203 StGB fallen bzw. einem Berufsgeheimnis unterliegen. Ist dies nicht der Fall, sollte dieser Absatz gestrichen werden.

- (6) Der Auftragsverarbeiter hat die Verpflichtung der weiteren mitwirkenden Personen und der Unterauftragsverarbeiter auf die Geheimhaltung gem. § 203 StGB und § 4 Abs. 5 dieses Vertrages sicherzustellen.

§ 7 Kontrollrechte des Verantwortlichen

- (1) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen alle Informationen zur Verfügung, die für den Nachweis der Einhaltung der in diesem Vertrag festgelegten oder sich unmittelbar aus der DSGVO ergebenden Pflichten erforderlich sind. Auf Verlangen des Verantwortlichen gestattet der Auftragsverarbeiter ebenfalls die

Prüfung der unter diesen Vertrag fallenden Verarbeitungstätigkeiten in angemessenen Abständen oder bei Anzeichen für eine Nichteinhaltung und trägt zu einer solchen Prüfung bei. Bei der Entscheidung über eine Überprüfung oder Prüfung kann der Verantwortliche einschlägige Zertifizierungen im Sinne des Art. 28 Abs. 5 DSGVO des Auftragsverarbeiters berücksichtigen.

- (2) Der Verantwortliche kann die Prüfung selbst durchführen oder einen unabhängigen Prüfer beauftragen. Die Prüfungen können gegebenenfalls auch Inspektionen in den Räumlichkeiten oder physischen Einrichtungen des Auftragsverarbeiters umfassen und werden in der Regel mit angemessener Vorankündigung und unter Einhaltung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen des Auftragsverarbeiters sowie nach Möglichkeit ohne Störung des Betriebsablaufs durchgeführt.
- (3) Die Vertragsparteien stellen den zuständigen Aufsichtsbehörden die in diesem Vertrag genannten Informationen, einschließlich der Ergebnisse von Prüfungen, auf Anfrage zur Verfügung.

§ 8 Mitzuteilende Verstöße

- (1) Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen unverzüglich über Störungen des Betriebsablaufs, die Gefahren für die Daten des Verantwortlichen mit sich bringen, sowie bei Bekanntwerden von Datenschutzverletzungen im Zusammenhang mit den Daten des Verantwortlichen. Gleiches gilt, wenn der Auftragsverarbeiter feststellt, dass die bei ihm getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den gesetzlichen Anforderungen nicht genügen.
- (2) Dem Auftragsverarbeiter ist bekannt, dass der Verantwortliche verpflichtet ist, umfassend alle Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu dokumentieren und ggf. den Aufsichtsbehörden bzw. der betroffenen Person zu melden. Er wird Verletzungen an den Verantwortlichen unverzüglich melden und hierbei zumindest folgende Informationen mitteilen:
 - Beschreibung der Art der Verletzung, soweit möglich mit Angabe der Kategorien und der ungefähren Anzahl betroffener Personen und Datensätze,
 - Name und Kontaktdaten von Kontaktpersonen für weitere Informationen,
 - Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung sowie
 - Beschreibung der ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung oder zur Abmilderung der sich daraus ergebenden nachteiligen Auswirkungen.

§ 9 Beendigung des Auftrags

- (1) Mit Beendigung der Auftragsverarbeitung hat der Auftragsverarbeiter alle personenbezogenen Daten nach Wahl des Verantwortlichen entweder zu löschen oder zurückzugeben, soweit nicht eine gesetzliche Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht; dies gilt auch für etwaige Sicherungskopien. Die Löschung hat der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen in Textform anzuzeigen.
- (2) Der Verantwortliche kann das Auftragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn der Auftragsverarbeiter einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Bestimmungen dieses Vertrags oder gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen begeht und dem Verantwortlichen aufgrund dessen die Fortsetzung der

Auftragsverarbeitung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Auftrags nicht zugemutet werden kann.

- (3) Der Auftragsverarbeiter kann das Auftragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn der Verantwortliche auf die Erfüllung seiner Weisungen besteht, obwohl diese Weisungen gegen geltende rechtliche Anforderungen oder gegen diesen Vertrag verstoßen und der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen darüber in Kenntnis gesetzt hat.

§ 10 Beitritt zum Vertrag

Diesem Vertrag können mit Zustimmung aller Parteien über eine Beitrittserklärung jederzeit weitere Parteien als Verantwortliche oder als Auftragsverarbeiter beitreten. Zusätzlich zur Beitrittserklärung sind – soweit erforderlich – die Anhänge 1 bis 3 auszufüllen. Ab dem Zeitpunkt des Beitritts gelten die beitretenen Parteien als Vertragsparteien dieses Vertrags mit den entsprechend ihrer Bezeichnung bestehenden Rechten und Pflichten.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Sollte das Eigentum des Verantwortlichen bei dem Auftragsverarbeiter durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenzverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich zu verständigen. Ein Zurückbehaltungsrecht ist in Bezug auf Datenträger und Datenbestände des Verantwortlichen ausgeschlossen.
- (2) Die Vertragsbegründung, Vertragsänderungen und Nebenabreden sind schriftlich abzufassen, was auch in einem elektronischen Format (z.B. per E-Mail oder elektronischer Signatur) erfolgen kann.
- (3) Im Falle eines Widerspruchs zwischen diesen Vertragsklauseln und den damit zusammenhängenden Vereinbarungen, die zwischen den Parteien bestehen oder später eingegangen oder geschlossen werden, haben diese Klauseln Vorrang.
- (4) Sollten einzelne Teile dieses Vertrags unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht.

Ort, Datum

Verantwortlicher

Ort, Datum

Auftragsverarbeiter

Anhang 1

Auflistung der beauftragten Dienstleistungen und Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Gegenstand der Verarbeitung	<z.B. Akten- und Datenträgervernichtung>
Art und Zweck der Verarbeitung	<z.B. datenschutzkonforme Vernichtung von Schriftgut und Datenträgern nach der DIN 66399 zur Erfüllung der Löschpflichten nach der DSGVO (Grundsatz der Speicherbegrenzung)>
Art der personenbezogenen Daten	<z.B. Beschäftigtendaten, Kundendaten, Lohn- und Gehaltsdaten, Bewerberdaten, Zahlungsdaten, Dienstleisterdaten>
Kategorien betroffener Personen	<z.B. Beschäftigte, Kunden, Dienstleister, Bewerber/innen, Kursteilnehmende>
Dauer der Verarbeitung	<z.B. entspricht der Dauer des Hauptvertrages [Bezeichnung] vom xx.xx.xxxx>

Datenschutzbeauftragte/r des Verantwortlichen	<[Name Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen], [Anschrift], E-Mail: [E-Mail-Adresse] oder „Der Verantwortliche hat keinen Datenschutzbeauftragten bestellt.“>
Datenschutzbeauftragte/r des Auftragsverarbeiters	<[Name Datenschutzbeauftragte/r des Auftragsverarbeiters], [Anschrift], E-Mail: [E-Mail-Adresse] oder „Der Auftragsverarbeiter hat keinen Datenschutzbeauftragten bestellt.“>

Anhang 2

Liste der beauftragten Unterauftragnehmer einschließlich Verarbeitungsstandorte

BEARBEITERHINWEIS:

Diese Tabelle ist von bzw. mithilfe des Auftragsverarbeiters auszufüllen, wenn dieser zur Erfüllung des Vertrages ebenfalls Leistungen eines oder mehrerer Auftragsverarbeiter (sog. Unterauftragnehmer) in Anspruch nimmt (vgl. hierzu § 6 des Vertrages).

Bei Bedarf bitte weitere Zeilen an die Tabelle einfügen bzw. nicht benötigte Zeilen aus der Tabelle löschen.

UNTERAUFTRAGNEHMER	VERARBEITUNGSSTANDORT	BESCHREIBUNG DER VERARBEITUNG
<[Unterauftragnehmer, Anschrift]>	<[Anschrift Verarbeitungsstandort Unterauftragnehmer], falls die Verarbeitung nicht am Sitz des Unterauftragnehmers erfolgt oder „Verarbeitung erfolgt am Unternehmenssitz“ >	<[Bezeichnung Dienstleistung]>
<[Unterauftragnehmer, Anschrift]>	<[Anschrift Verarbeitungsstandort Unterauftragnehmer], falls die Verarbeitung nicht am Sitz des Unterauftragnehmers erfolgt oder „Verarbeitung erfolgt am Unternehmenssitz“ >	<[Bezeichnung Dienstleistung]>
<[Unterauftragnehmer, Anschrift]>	<[Anschrift Verarbeitungsstandort Unterauftragnehmer], falls die Verarbeitung nicht am Sitz des Unterauftragnehmers erfolgt oder „Verarbeitung erfolgt am Unternehmenssitz“ >	<[Bezeichnung Dienstleistung]>
<wie oben>	<wie oben>	<wie oben>
<wie oben>	<wie oben>	<wie oben>

Anhang 3

Technische und organisatorische Maßnahmen zur IT-Sicherheit nach Art. 32 DSGVO

BEARBEITERHINWEIS:

Entweder der Auftragsverarbeiter hat seine „technischen und organisatorischen Maßnahmen zur IT-Sicherheit“ bereits selbst dokumentiert; dann ist es erforderlich, dass er die Aufstellung hier einfügt.

Andernfalls – wenn er über keine eigene Aufstellung verfügt – sollte ihm die separate Checkliste vorgelegt werden, damit er die dort ersichtlichen Fragen so umfassend und detailliert wie möglich beantwortet (vgl. § 3 des Vertrages). Auf der Grundlage dieser Angaben ist dann zu prüfen, ob für die Auftragsverarbeitung ein ausreichendes Niveau zum Schutz personenbezogener Daten besteht.